

# **N i e d e r s c h r i f t**

## **der öffentlichen/nicht öffentlichen Sitzung des Bildungsausschusses am 13.09.2011**

***öffentlich***

---

**Ort:** Stadthaus, Kleiner Saal, Marktplatz 2, 06100 Halle  
(Saale)

**Zeit:** 17:00 Uhr bis 19:30 Uhr

**Anwesenheit:** siehe Teilnehmerverzeichnis

Geändert nach Beschluss zur Niederschrift im BA 11.10.11

### **Anwesend sind:**

|                               |                            |                                 |
|-------------------------------|----------------------------|---------------------------------|
| Herr Andreas Schachtschneider | Ausschussvorsitzender, CDU |                                 |
| Frau Dr. Annegret Bergner     | CDU                        |                                 |
| Herr Martin Bauersfeld        | CDU                        | bis 18:15 Uhr                   |
| Herr Hendrik Lange            | DIE LINKE.                 | ab 17:15 Uhr                    |
| Frau Dr. Petra Sitte          | DIE LINKE.                 |                                 |
| Herr René Trömel              | DIE LINKE.                 |                                 |
| Frau Katharina Hintz          | SPD                        | Vertreterin für Herrn Dr. Diaby |
| Herr Klaus Hopfgarten         | SPD                        |                                 |
| Frau Katja Raab               | FDP                        |                                 |
| Herr Dietrich Strech          | MitBÜRGER für Halle        |                                 |
| Herr Oliver Paulsen           | BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN      |                                 |
| Herr Torsten Bau              | SKE                        |                                 |
| Frau Heike Deuerling-Kalsow   | SKE                        |                                 |
| Herr Ralf-Jürgen Kneissl      | SKE                        |                                 |
| Herr Bertolt Marquardt        | SKE                        |                                 |
| Herr Andreas Riemann          | SKE                        |                                 |
| Herr Thomas Senger            | SKE                        |                                 |
| Frau Cathleen Stahs           | SKE                        |                                 |
| Frau Dr. Regine Stark         | SKE                        |                                 |
| Frau Dr. Christine Radig      | Verw                       |                                 |

### **Es fehlen:**

|                          |     |                        |
|--------------------------|-----|------------------------|
| Herr Dr. Karamba Diaby   | SPD | Vertreterin Frau Hintz |
| Frau Petra Meißner       | SKE |                        |
| Herr Michael Rautzenberg | SKE |                        |

## **zu 1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit**

---

Die öffentliche Sitzung des Bildungsausschusses wurde von **Herrn Schachtschneider, Ausschussvorsitzender**, eröffnet und geleitet.  
Er stellte die ordnungsgemäße Einladung sowie Beschlussfähigkeit fest.

## **zu 2 Feststellung der Tagesordnung**

---

Es gab keine Änderungen und Anmerkungen zur Tagesordnung. **Herr Schachtschneider, Vorsitzender des Ausschusses**, bat um Abstimmung der Tagesordnung.

**Abstimmungsergebnis zur Tagesordnung: zugestimmt**

Somit wurde folgende Tagesordnung festgestellt:

1. Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit
2. Feststellung der Tagesordnung
3. Genehmigung der Niederschrift vom 09.08.2011
4. Beschlussvorlagen
- 4.1. Namensgebung von Berufsbildenden Schulen  
Vorlage: V/2011/09970
- 4.2. Langfristkonzept Saline-Ensemble  
- Bitte Unterlagen mitbringen -  
Vorlage: V/2011/09849
5. Anträge von Fraktionen und Stadträten
- 5.1. Antrag der Fraktion MitBÜRGER für Halle - NEUES FORUM auf Übernahme der Kosten für den Schulschwimmunterricht von Schulen in freier Trägerschaft in der Stadt Halle (Saale)  
- 2. Lesung -  
Vorlage: V/2011/09968
6. schriftliche Anfragen von Stadträten
7. Mitteilungen

- 7.1. Bildung und Teilhabe  
Berichterstattung Frau Simon
- 7.2. Umsetzung Konjunkturpaket II
- 8. Beantwortung von mündlichen Anfragen
- 9. Anregungen

### **zu 3 Genehmigung der Niederschrift vom 09.08.2011**

---

**Herr Strech, Fraktion MitBÜRGER für Halle-NEUES FORUM,** erläuterte zu TOP 5.1: lt. Frau Wolff fehlen die Ausführungen von **Herrn Kogge, Beigeordneter für Jugend, Schule, Soziales und kulturelle Bildung,** dass die freien Schulen über Fördervereine als Antragsteller für Schwimmhallenzeiten eine kostenlose Nutzung für das Schulschwimmen erreichen könnten.

**Herr Kogge, Beigeordneter für Jugend, Schule, Soziales und kulturelle Bildung** antwortete, dass dieser Punkt enthalten sei.

**Herr Paulsen, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN,** stimmte seinem Vorredner zu, das Protokoll entspricht hier nicht dem Wortlaut der Beratung. Herr Kogge habe ausdrücklich auf ein Konstrukt verwiesen, mit dessen Hilfe die freien Träger kostenfreies Schulschwimmen erreichen könnten, um diese Ausführungen ist das Protokoll zu ergänzen.

**Herr Kogge, Beigeordneter für Jugend, Schule, Soziales und kulturelle Bildung,** stellte klar, dass für Schulschwimmen als Pflichtunterricht nur der Schulträger Vertragspartner ist und Entgelte zu zahlen sind, für andere außerschulische Angebote, wie Arbeitsgemeinschaften kann der Förderverein oder der gemeinnützige Schulträger Sportstätten unentgeltlich nach der Sportstättenbenutzungssatzung nutzen.

**Herr Strech, Fraktion MitBÜRGER für Halle-NEUES FORUM,** merkte zu TOP 6.1 an, dass die schriftliche Beantwortung vom Zentralen GebäudeManagement zu großen Abweichungen und Verbräuchen (z.B. beim Wasser) in der Grundschule Büschdorf noch fehlt.

**Herr Kogge, Beigeordneter für Jugend, Schule, Soziales und kulturelle Bildung,** bejahte dies. Die Antwort wird nachgereicht.

**Herr Paulsen, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN,** zu TOP 6.1: zur Thematik Klimaschutz macht Schule – diskutiert wurde, wie die Attraktivität des Programms verbessert werden kann, damit bei den Schulen etwas ankommt - ein Teil der Diskussion im Protokoll fehlt, auf Seite 8 sind lediglich die Ausführungen zur Übertragung von Haushaltsmitteln enthalten.

**Herr Kogge, Beigeordneter für Jugend, Schule, Soziales und kulturelle Bildung,** bat um schriftliche Einreichung der Protokolländerungen für den verwaltungsinternen Abgleich.

**Herr Schachtschneider, Ausschussvorsitzender,** widersprach und regte an, dass grundlegende und wichtige Dinge nicht zu stark gekürzt werden dürfen und sinnhaft im Protokoll auftauchen sollten.

Herr Trömel, Fraktion DIE LINKE., mahnte die Protokollführung an.

**Abstimmungsergebnis:** einstimmig zugestimmt

|              |   |
|--------------|---|
| Ja- Stimmen  | 4 |
| Nein-Stimmen | 0 |
| Enthaltungen | 6 |

#### zu 4      **Beschlussvorlagen**

---

##### zu 4.1      **Namensgebung                      von                      Berufsbildenden                      Schulen** **Vorlage: V/2011/09970**

---

Herr Schachtschneider, Ausschussvorsitzender, gab zu Protokoll, sich der Diskussion und Abstimmung zu enthalten, da er Lehrer an dieser Schule ist.

Herr Paulsen, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, merkte an, das diese Vorlage nicht in Session steht. Weiterhin hätte er sich eine ausführlichere Begründung zur Namensänderung gewünscht.

Herr Schachtschneider, Ausschussvorsitzender, fragte an, ob Herr Schmidt – Schulleiter der Berufsschule – zur Ausschusssitzung eingeladen wurde.

Herr Hildebrand, Leiter des Schulverwaltungsamtes, erklärte, dass der Schulleiter informiert war, seine Teilnahme am Ausschuss aber als nicht notwendig ansah, da ein klares Votum in der Schulkonferenz erreicht wurde.

Herr Schachtschneider, Ausschussvorsitzender, bat um Abstimmung der Vorlage.

**Abstimmungsergebnis:** einstimmig zugestimmt

**Beschlussvorschlag:**

Der Stadtrat der Stadt Halle (Saale) beschließt, dem Vorschlag der Gesamtkonferenz der Berufsbildenden Schulen „Max Eyth“/„Gutjahr“ Halle (Saale) zu folgen und diese in **Berufsbildende Schulen „Gutjahr“ Halle (Saale)** umzubenennen.

#### zu 4.2      **Langfristkonzept Saline-Ensemble** **- Bitte Unterlagen mitbringen -** **Vorlage: V/2011/09849**

---

Herr Böhnke, Referent des Beigeordneten für Jugend, Schule, Soziales und kulturelle Bildung, informierte, dass die Abstimmung zur Beschlussvorlage am 14.6.2011 vertagt wurde, die offenen Fragen wurden schriftlich beantwortet. Am 15.6.2011 gab es im Kulturausschuss einen Antrag, die Beschlussfassung zu ändern, und zwar in eine Machbarkeitsstudie und in die Kenntnisnahme des Projektes. Dies ist auf den Austauschblättern nachvollziehbar, auch habe sich die Finanzierungsquelle verändert. Die Machbarkeitsstudie ist notwendig für die erfolgreiche Beantragung der Stadtumbauittel.

Ziel der Studie ist eine belastbare Zahl zum Sanierungsaufwand zu erhalten. Das Salinekonzept untergliedert sich in 2 Bereiche, die bauliche Sanierung und die technische Ausstattung. Die grundsätzliche Frage ist, ob auf der Saline wie bisher nur notdürftigste Reparaturen erfolgen sollen, was mittelfristig den Abriss einiger Teile zur Folge hat, oder ob die Saline zukünftig erhalten werden soll. Dafür sind natürlich größere Mittel notwendig. Die Machbarkeitsstudie würde Kosten in Höhe von 25 T€ verursachen und über diesen externen Weg sollen solide Zahlen ermittelt werden, die auch das Landesverwaltungsamt überzeugen, dass es wirtschaftlich für die Stadt ist dieses Projekt weiter zu verfolgen.

**Frau Raab, FDP-Fraktion**, war nicht davon überzeugt, dass die Machbarkeitsstudie notwendig ist. Sie fragte, ob es in der Stadtverwaltung keine Mitarbeiter gibt, die diese Kosten ordentlich berechnen könnten, damit dies für den Antrag ausreichend ist.

**Herr Paulsen, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN**, fand es unzureichend, wie in die Diskussion hineingegangen wird, er fand das Konzept nicht überzeugend. Die Gelder für die Machbarkeitsstudie sollen aus dem Stadtarchiv und der Sozialplanung kommen. Er wollte wissen, was dafür wegfällt. Er vertrat die Meinung, dass das Salinekonzept definitiv eine freiwillige Leistung ist und es deshalb absehbar ist, dass kein OK erfolgen wird.

**Herr Böhnke, Referent des Beigeordneten für Jugend, Schule, Soziales und kulturelle Bildung**, erklärte die Erfahrung der Stadt, dass ein entsprechender Brief an das Landesverwaltungsamt (LVwA) ohne konkrete Kostenberechnung, keine Aussicht auf Erfolg hat. Das LVwA benötigt eine größere Sicherheit, wie eine Machbarkeitsstudie, für die Verteilung der Fördermittel. Er informierte zur Trennung der Beschlussvorlage auf Wunsch des Kulturausschusses.

Er erklärte die Finanzierung der Machbarkeitsstudie aus geplanten Geldern der Sozialplanung (geplant war ursprünglich die Weiterentwicklung der kommunalen Bildungslandschaft zu finanzieren) und des Stadtarchivs. Er erläuterte Zusammenhänge zum Salinekonzept und den Möglichkeiten der Nutzung der Saline für die Weiterentwicklung von touristischen Angeboten und von Bildungsangeboten.

Er vertrat die Meinung, dass die Stadtverwaltung, wenn die Möglichkeit existiert über Stadtumbauinstrumente mit sehr wenigen oder auch ohne Eigenmittel ein Projekt zu machen, diesen Versuch zumindest starten sollte. Für die Sanierung sollen Stadtumbaufördermittel und Drittmittel eingesetzt werden, keine städtischen Eigenmittel. Lediglich für die Ausstattung könnten Eigenmittel in Höhe der jetzigen Aufwendungen, z.B. für das Planetarium an den neuen Standort quasi umgelenkt werden.

**Frau Raab, FDP-Fraktion**, war der Meinung, dass die Mitarbeiter der Stadt so qualifiziert werden müssten, dass diese auch eine Finanzierung aufstellen könnten, die vom Land akzeptiert wird. Sie wollte wissen, ob es wirklich nicht ohne eine teure Machbarkeitsstudie geht, bei anderen Vorhaben gebe es solche Studien auch nicht immer.

**Herr Kogge, Beigeordneter für Jugend, Schule, Soziales und kulturelle Bildung**, erklärte, dass die normal laufenden Geschäfte von zusätzlichen Aufgaben wie – z. B. dem Salinekonzept – überlagert werden. Das Stadtplanungsamt hat erklärt, diese Studie aktuell nicht mit eigenem Personal erstellen zu können, da das Personal für zusätzliche Aufgaben nicht da ist. Auch er möchte kein Gutachten bezahlen, was nicht benötigt wird.

**Herr Böhnke, Referent des Beigeordneten für Jugend, Schule, Soziales und kulturelle Bildung**, würde sich freuen, wenn der Bildungsausschuss heute eine Entscheidung treffen könnte, bevor der nächste Ausschuss entscheidet. Der Finanzausschuss tagt im Oktober zu dieser Problematik.

**Herr Paulsen, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN**, war von der Zeitschiene irritiert, denn das Planungsbüro hätte dann bis Ende 2011 nur 1 ½ Monate Zeit. Er wollte wissen, ob eine

Antragstellung auf Mittel aus dem Stadtumbauprogramm nur bis max. 31.12.2011 möglich ist, oder ob dies auch noch 2012 erfolgen kann. Sollte diese Beantragung dann nicht mehr möglich sein, sollte davon Abstand genommen werden.

**Herr Böhnke, Referent des Beigeordneten für Jugend, Schule, Soziales und kulturelle Bildung,** äußerte, die Frage mitzunehmen, die konkrete Auskunft erfolgt zur Finanzausschusssitzung im Oktober. Die grundsätzliche Frage, ob die Stadt sich zur Saline bekennt, diese Entscheidung kann nur auf einer ordentlichen Grundlage getroffen werden.

**Herr Lange, Fraktion DIE LINKE.,** war der Ansicht, dass wohl keine Fraktion gegen ein Bekenntnis zur Saline etwas haben wird. Die Frage sei, wie realistisch eine Finanzierung/Umsetzung in den nächsten Jahren ist. Er bat um Information, wie realistisch die Stadtverwaltung die Chance der Verwirklichung einschätzt. Wie erfolgt die Einsortierung in die Investitionsprioritätenliste, an welche Stelle, was rutscht dafür weiter nach unten?

**Herr Marquardt, SKE,** merkte an, dass am Osendorfer See ein Damm benötigt wird, die Stadt habe dafür kein Geld und will eine große Summe für eine Machbarkeitsstudie ausgeben.

**Herr Paulsen, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN,** unterstützte die Aussage von **Herrn Lange, Fraktion DIE LINKE.,** Nach seiner Auffassung muss eine Sache, die nichts kostet, nicht in die Investitionsprioritätenliste eingeordnet werden. Er zweifelte an, dass das Projekt kostenneutral sei. Sofern keine Gesamtprioritätenliste vorliegt, kann eine Abwägung zur Einordnung dieses Vorhaben nicht erfolgen.

**Herr Kogge, Beigeordneter für Jugend, Schule, Soziales und kulturelle Bildung,** erläuterte die Problematik Pflichtaufgaben kontra freiwillige Aufgaben. Er erklärte, dass das Saline-Ensemble ein Objekt mit einmaligen Chancen ist, deshalb weist das Konzept eine übergreifende Planung auf. Auf Wunsch von Dezernat II soll die Diskussion zur Notwendigkeit weitergeführt werden. Die finanzielle Gewichtung zwischen einzelnen Vorhaben sollte im Finanzausschuss erfolgen.

**Herr Lange, Fraktion DIE LINKE.,** vertrat die Meinung, dass heute abgestimmt werden kann, er bat jedoch bis zum Finanzausschuss um Übergabe einer Gesamtprioritätenliste, auf der auch die Saline eingeordnet ist.

**Herr Kogge, Beigeordneter für Jugend, Schule, Soziales und kulturelle Bildung,** informierte, dass eine solche Liste derzeit dezernatsübergreifend erstellt und diskutiert wird, um eine abgestimmte Verwaltungsmeinung vorlegen zu können.

**Herr Paulsen, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN,** fragte: Welche Höhe an städtischen Eigenmitteln ist für dieses Projekt zu erwarten?

**Herr Strech, Fraktion MitBÜRGER für Halle-NEUES FORUM,** fragte, ob auch das Planetarium Gegenstand der Machbarkeitsstudie sein soll,

**Frau Raab, FDP-Fraktion,** bat um eine getrennte Abstimmung der zwei Beschlusspunkte.

**Herr Böhnke, Referent des Beigeordneten für Jugend, Schule, Soziales und kulturelle Bildung,** betonte die grundsätzliche Aussage, dass das Projekt ohne städtische Eigenmittel finanzierbar ist, bei der Ausstattung / Einrichtung ist jedoch mit einem Eigenanteil zu rechnen, Diese werden in der Studie gesondert aufgeführt. Die Saline soll aus Sicht der Stadt prioritär behandelt werden.

In der Stadtverwaltung wird geprüft, ob die Möglichkeit besteht, das Planetarium in das Ensemble einzuordnen. Auf der vorhandenen Grundfläche 16x16 m kann die Kuppel entstehen, dies würde eine Verknüpfung der Altbausubstanz mit einem neuen Zwischenteil im denkmalgeschützten Gesamtensemble bedeuten.

Es ist geplant, über einen Zeitraum von 5-6 Jahren zu sanieren, das ist realistisch, wenn die Stadt geschlossen gegenüber dem Land auftritt.

**Herr Schachtschneider, Ausschussvorsitzender**, bat um Abstimmung der Vorlage.

#### **Einzelabstimmung**

|   |                                |
|---|--------------------------------|
| <b><u>Abstimmungsergebnis Absatz 1:</u></b> | <b>mehrheitlich zugestimmt</b> |
|   | Ja- Stimmen            5       |
|   | Nein-Stimmen         4         |
|   | Enthaltungen         2         |

|   |                              |
|---|------------------------------|
| <b><u>Abstimmungsergebnis Absatz 2:</u></b> | <b>einstimmig zugestimmt</b> |
|   | Ja- Stimmen            7     |
|   | Nein-Stimmen         0       |
|   | Enthaltungen         4       |

#### **Beschlussvorschlag:**

Der Stadtrat beauftragt die Verwaltung, eine Machbarkeitsstudie zum Langfristkonzept Saline-Ensemble mit dem Ziel der Einwerbung von Fördermitteln für die bauliche Instandsetzung der Saline durchzuführen.

Die Ansätze des Grobkonzeptes werden zur Kenntnis genommen. Die Realisierung ist abhängig von der Finanzierung des Projekts.

### **zu 5            Anträge von Fraktionen und Stadträten**

---

**zu 5.1        Antrag der Fraktion MitBÜRGER für Halle - NEUES FORUM auf  
Übernahme der Kosten für den Schulschwimmunterricht von Schulen  
in freier Trägerschaft in der Stadt Halle (Saale)  
- 2. Lesung -  
Vorlage: V/2011/09968**

---

**Herr Strech, Fraktion MitBÜRGER für Halle-NEUES FORUM**, informierte, dass seine Fraktion nicht die Rechtsauffassung der Verwaltung teilt. Die Argumente der Fraktion sind nicht schlüssig und deshalb wird der Antrag zurückgezogen. Er kündigte an, dass eventuell ein neuer Antrag kommt.

#### **Abstimmungsergebnis:**

zurückgezogen durch die Fraktion

### **Beschlussvorschlag:**

Die Stadtverwaltung wird beauftragt, das von Schulen in freier Trägerschaft in der Stadt Halle (Saale) an die Bäder Halle GmbH zu entrichtende Entgelt für die Nutzung der Bäder im Rahmen des Schulschwimmunterrichts rückwirkend und zukünftig zu erstatten.

### **zu 6 schriftliche Anfragen von Stadträten**

---

Es gab von Stadträten keine schriftlichen Anfragen.

### **zu 7 Mitteilungen**

---

#### **zu 7.1 Bildung und Teilhabe Berichterstattung Frau Simon, Führungsunterstützerin SGB II**

---

Der Bericht von **Frau Simon, Führungsunterstützerin SGB II**, ist dem Protokoll beigelegt.

**Herr Senger, SKE**, hinterfragte die Aussage von **Frau Simon**, dass wenn die Behörde einen Fehler macht, dann muss nicht gezahlt werden. Er fragte nach, wann Mittel für Klassenfahrten an Eltern direkt gezahlt werden und wann nicht.

**Frau Simon, Führungsunterstützerin SGB II**, erläuterte, das entsprechend der gesetzlichen Regelung die Zahlung direkt an den Anbieter zu erfolgen hat. Grundsatz ist jedoch, dass die Leistung die anspruchsberechtigten Kinder erreichen soll. Deshalb sind alle Voraussetzungen zu schaffen, um die Teilnahme an einer Klassenfahrt zu gewährleisten. Nach dem Ergebnis der Beratung der Bund –Länder AG ist es im Einzelfall möglich, dass, sofern die Eltern in Vorleistung gegangen sind und dafür die entsprechenden Nachweise erbringen und das Kind an der Klassenfahrt tatsächlich teilgenommen hat, auch eine Auszahlung an die Eltern erfolgen kann..

Als problematisch wird jedoch die Vorfinanzierung durch die Eltern betrachtet. Deshalb muss in Einzelfällen, in denen Eltern nicht vorfinanzieren können, eine weitere Alternative organisiert werden. Wie dieses Verfahren revisionssicher aufgesetzt werden kann und welche Varianten der Finanzierung noch machbar sind, ist mit dem Land abzustimmen.

**Herr Senger, SKE**, bat um Auskunft, ob die Vereinsdatenbank mit den Anbietern für Bildung und Teilhabe existiert.

**Frau Simon, Führungsunterstützerin SGB II**, bestätigte die Möglichkeit der Einrichtung einer Datenbank über den IT Bereich.

Sie bedankte sich bei **Herrn Senger, SKE**, für seine engagierte Unterstützung. Eine Übersicht der Vereine für alle Angebote besteht. Mit ca. 56 Vereinen ist entweder ein Vertrag unterzeichnet bzw. befindet sich auf dem Unterschriftsweg.

**Frau Stahs, SKE**, wollte wissen, ob das Mittagessen in Verantwortung der Schule liegen muss.

**Frau Simon, Führungsunterstützerin SGB II**, antwortete, dass das gemeinschaftliche Mittagessen in Verantwortung der Horte oder Schulen liegen kann. Der Unterschied besteht in der Finanzierung. Sofern das Mittagessen in Verantwortung der Horte liegt, ist die Finanzierung außerhalb von Bildung und Teilhabe zeitlich befristet bis 2013. Wird das Mittagessen in Verantwortung der Schule umgesetzt, erfolgt die Finanzierung über Bildung und Teilhabe, damit ohne diese Befristung. Geklärt ist zwischenzeitlich, dass das Mittagessen in Verantwortung der Schule auch während der Ferien gewährleistet werden kann und die Räume des Hortes genutzt werden können. Wichtig ist, dass ein Vertrag zwischen Schule und Caterer existiert. Das Mittagessen in Verantwortung der Horte ist in der Stadt Halle sehr selten.

**Frau Deuerling-Kalsow, SKE**, fragte nach der Art der Zählung der Anträge.

**Frau Simon, Führungsunterstützerin SGB II**, erklärte, dass jede einzeln beantragte Leistung gezählt wird, wobei inzwischen bereits Folgeanträge für weitere Bewilligungsabschnitte gestellt werden. Mit dem Antrag auf Bildung und Teilhabe können mehrere Einzelleistungen beantragt werden, die dann einzeln erfasst werden. Die Agentur für Arbeit prüft aktuell, ob mit dem Versand der Antrag auf ALG II auch Anträge auf Bildung und Teilhabe versandt werden können.

**Herr Lange, Fraktion DIE LINKE.** fragte, ob es bereits eine Schätzung gibt, wie viele der Antragsberechtigten erreicht werden.

**Frau Simon Führungsunterstützerin SGB II** antwortete, dass man das abschätzen kann und es ist auch schon erfolgt. Die Übersicht wird dem Protokoll beigelegt. Ein Problem wird bei den ehemaligen Antragstellern Halle-Pass auf die Bezuschussung Mittagessen gesehen. Hier stehen noch Anträge im Rahmen von Bildung und Teilhabe, bezogen auf das Mittagessen aus, deshalb wurde eine Übergangsregelung bis Ende November 2011 für den Bereich Mittagessen geschaffen, hier gilt der Halle-Pass bis zu diesem Zeitpunkt als Antragstellung auf Bildung und Teilhabe.

**Frau Dr. Sitte, Fraktion DIE LINKE.**, bezog sich darauf, dass Halle mit der Zahl derjenigen, die erreicht wurden ganz oben im Bundesdurchschnitt liegt. Sie wollte wissen, was Halle (Saale) besser gemacht hat, als die anderen Städte.

**Frau Simon, Führungsunterstützerin SGB II**, führte dies auf eine bessere und frühzeitigere Öffentlichkeitsarbeit und die aktive Arbeit mit den beteiligten Partnern (Informationsveranstaltungen mit SchulleiterInnen und Kita-LeiterInnen, Einbeziehung der Liga der freien Wohlfahrtspflege u.ä.) zurück. Die Medien wurden genutzt, viele persönliche Kontakte und Gespräche haben eine Basis geschaffen, dieses Netzwerk muss weiter gepflegt werden.

**Herr Schachtschneider, Ausschussvorsitzender**, fragte nach, wann die Überarbeitung des Formblattes für die zusätzliche angemessene Lernförderung erfolgt und wie lange wird es dauern bis Förderunterricht entsprechend beantragt werden kann.

**Frau Simon, Führungsunterstützerin SGB II**, erläuterte, dass das derzeitige Formblatt des MK noch gilt, damit gibt es keinen zeitlichen Bruch in der Beantragung. Problem ist, dass es nicht immer vollständig ausgefüllt wird und hier eine Abstimmung mit dem Bereich Schulen beim Landesverwaltungsamt für sinnvoll angesehen wird.

**Herr Strech, Fraktion MitBÜRGER für Halle-NEUES FORUM**, fragte nach den Mitgliedsbeiträgen bei Vereinen, und wollte wissen, wie viele Anträge vorliegen.

**Frau Simon, Führungsunterstützerin SGB II**, antwortete, dass ca.1.500 Anträge allein im SGB II Bereich vorliegen, die Zahl aus den Rechtskreisen der anderen Anspruchsberechtigten muss nachgereicht werden.

**Herr Paulsen, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN**, fragte zur Schulsozialarbeit, nach dem aktuellen Stand in Halle.

Er informierte, dass in Magdeburg dafür Mittel bereits in Höhe von ca. 1 Mio. € / Jahr geplant sind und wollte wissen, warum Halle noch nicht so weit ist.

**Herr Kogge, Beigeordneter für Jugend, Schule, Soziales und kulturelle Bildung**, informierte, dass es dazu im Jugendhilfeausschuss einen Bericht gab, dieser wird dem Protokoll beigelegt. Er schlug vor, Frau Brederlow zu einer der nächsten Bildungsausschuss-Sitzungen einzuladen.

**Frau Simon, Führungsunterstützerin SGB II**, erklärte, dass die inhaltliche Abstimmung zur Umsetzung Schulsozialarbeit im Juli mit dem zuständigen Ministerium erfolgte. Längere Zeit waren die Inhalte, sowie die Verteilung der veranschlagten Mittel nicht klar, da für Schulsozialarbeit und Mittagessen in Horten eine gemeinsame Summe zur Verfügung steht.

**Herr Kogge, Beigeordneter für Jugend, Schule, Soziales und kulturelle Bildung**, ergänzte, dass das Risiko gering gehalten werden muss, diese Mittel aus Unerfahrenheit rechtswidrig auszugeben, da dann Rückforderungen drohen.

**Frau Dr. Bergner, CDU-Fraktion**, interessierte sich für die Differenz zwischen ehemaligen Halle-Pass-Berechtigten und den jetzigen Anträgen und wollte wissen, ob diese nur beim Essen ausgewiesen ist.

**Frau Simon, Führungsunterstützerin SGB II**, informierte, dass das geprüft werden muss, denn jetzt liegt nur eine Aufstellung pro Caterer vor. Die Angaben werden dem Protokoll beigelegt.

**Frau Dr. Bergner, CDU-Fraktion**, wollte wissen, ob es einen Rücklauf gibt, ob das Essen auch in Anspruch genommen wird. Ebenso möchte sie wissen, wie der Anteil der Eltern gezahlt wird.

**Frau Simon, Führungsunterstützerin SGB II**, informierte, dass eine Kontrolle der Inanspruchnahme des Essens derzeit nicht gegeben ist. Aus Berichten der Caterer ist bekannt das es Zahlungsrückstände durch Eltern gibt, zum Umfang kann keine Aussage getroffen werden.

## **zu 7.2 Umsetzung Konjunkturpaket II**

---

**Herr Hildebrand, Leiter des Schulverwaltungsamtes**, berichtete über den aktuellen Stand der Projekte im Konjunkturpaket II.

Schulen bzw. Teilgebäude wurden zum Schuljahresbeginn zur Nutzung übergeben. Die Grundschule Kröllwitz und Grundschule Diesterweg wurden plangerecht fertiggestellt.

Die Turnhalle Büschdorf (Fertigstellungstermin lt. Leistungsvereinbarung 20.12.2010) wurde am 22.8.2011 zur Nutzung übergeben, die Kosten wurden überzogen. Die Arbeiten am Kommunalen Bildungszentrum/Volkshochschule sind noch nicht abgeschlossen, der Sonnenschutz fehlt. Die Finanzierungskosten wurden nicht eingehalten, der Pausenhof wurde eigenständig abgeändert, Rasen statt Pflasterung. Der Unterricht bzw. die Kurse der Volkshochschule konnten jedoch beginnen.

## **weitere Mitteilungen**

### **Schülerbeförderung**

**Herr Kogge, Beigeordneter für Jugend. Schule, Soziales und kulturelle Bildung,** verwies auf Hinweise aus der Sekundarschule Süd zu Ablehnungen von Schülerzeitkarten, wenn die Eltern ihr Kind außerhalb des zuständigen Schulbezirkes auf eigenen Wunsch beschulen lassen. Nach der Prüfung kann eine Aussage zur Erteilung von Sondergenehmigungen gemacht werden.

### **Einladung zur Schulmesse**

**Herr Senger, SKE,** wies auf die Schulmesse hin, die übernächsten Samstag (24.9.2011 10:00 Uhr bis 16:00 Uhr) stattfindet und lud die Stadträte zur Schulmesse ein. Er äußerte die Bitte an die Fraktionen, Sach- oder Geldspenden zur Prämierung der besten Plakate bereitzustellen. 2 Lesepaten, die Oberbürgermeisterin und Herr Sodann konnten ebenfalls gewonnen werden.

### **Termine Bildungsausschuss 2012**

Änderung des Januar-Termins.  
Die neue Terminübersicht wurde übergeben

## **zu 8 Beantwortung von mündlichen Anfragen**

---

**Herr Lange, Fraktion DIE LINKE.,** fragte nach, warum das Land Schüler von Sekundarschulen in andere Einzugsbereiche einweist.

**Herr Kogge, Beigeordneter für Jugend. Schule, Soziales und kulturelle Bildung,** erläuterte, dass Eltern, z.B. bei Umzügen beantragen, dass das Kind an der alten Schule verbleiben kann, oder dass es vom Gymnasium an eine bestimmte Sekundarschule wechseln möchte. Das Land trifft dann eine Ermessensentscheidung. Die Schülerbeförderung bleibt davon unberührt, kann aber zum Problem werden, wenn der Schulweg länger wird.

**Herr Trömel, Fraktion DIE LINKE.,** wollte zur Schülerbeförderung wissen, wie sich der Verwaltungsaufwand mit der Neuregelung entwickelt hat, viele Widersprüche es gab und wie viele Anträge abgelehnt wurden. Warum wurde das Widerspruchsrecht ausgeschlossen und gleich auf den Klageweg verwiesen? Er informierte, dass viele Beschwerden von Eltern vorliegen und bittet um umfangreiche Information bis spätestens zur nächsten Sitzung.

**Herr Kogge, Beigeordneter für Jugend. Schule, Soziales und kulturelle Bildung,** sagte zu, dass zur nächsten Sitzung des Bildungsausschuss eine schriftliche Beantwortung vorgelegt wird, auch mit Informationen zur Freizeitkarte, er bat um Mitteilung zu Härtefällen.

**Herr Senger, SKE,** erinnerte, dass auf mögliche Problemfälle im Vorfeld hingewiesen wurde und dass die Verwaltung dennoch sehr streng und wenig kulant entschieden habe.

**Herr Trömel, Fraktion DIE LINKE.**, fragte nach dem Stand der Umsetzung des Ersten Grundsatz- und Baubeschlusses (Brandschutz an den ersten 4 Schulen). Er wollte wissen, wie die Kostenaufwüchse sind und ob es in diesem Jahr noch zu einer Mittelabforderung kommen wird.

**Herr Kogge, Beigeordneter für Jugend, Schule, Soziales und kulturelle Bildung**, sagte eine schriftlichen Beantwortung für die nächste Sitzung zu, denn es fehlt noch eine Zuarbeit des Eigenbetriebes Zentrales GebäudeManagement.

**Herr Schachtschneider, Ausschussvorsitzender**, wollte wissen, woran es konkret gelegen hat, dass die Umsetzung des Beschlusses so lange dauert.

**Herr Kogge, Beigeordneter für Jugend, Schule, Soziales und kulturelle Bildung**, bat um die Möglichkeit der schriftlichen Beantwortung bis zur nächsten Bildungsausschusssitzung.

**Herr Senger, SKE**, führte zum Anschreiben der HAVAG, das mit dem Schülerticket ausgegeben wurde, aus. Dort verweist die HAVAG auf die Schülerbeförderungssatzung des Stadtrates zur Begründung der Gültigkeit des Tickets bis 19 Uhr. Dies verdrehe die Tatsachen, da der Rat nur noch diese Zeit hinnehmen konnte, da die HAVAG Tatsachen geschaffen hatte. Er bemängelt, dass die Zusatzkarte keine vollwertige Azubikarte ist, denn diese ist volle 12 Monate – auch inclusive der Sommerferien- gültig.

**Herr Kogge, Beigeordneter für Jugend, Schule, Soziales und kulturelle Bildung**, erklärte, dass es ein extra Sommerferienticket gibt und die Schülerkarte war immer ohne die großen Ferien gültig. Das Schreiben im Begleitbrief der HAVAG war nicht mit der Stadt abgestimmt, insofern aber richtig, da die Satzung auf die besagte Gültigkeit ausdrücklich verweist.

**Herr Lange, Fraktion DIE LINKE.**, vertrat die Meinung, dass das Freizeitticket immer als Vollwertkarte kommuniziert wurde, was aber nunmehr nicht so ist.

**Herr Kogge, Beigeordneter für Jugend, Schule, Soziales und kulturelle Bildung**, erklärte, dass nach seiner Wahrnehmung in den Verhandlungen mit der HAVAG immer von einer vollwertigen Karte auszugehen war. Wobei die Sommerferien auch bei den alten Karten immer unberücksichtigt blieben. Vermutlich gab es hier ein Kommunikationsproblem, auch in den Ausschussberatungen.

**Herr Senger, SKE**, bat, für den nächsten Bildungsausschuss um eine Aufstellung, welche Kosten der Stadtelternrat in den letzten 2 Jahren verursacht hat.

**Herr Bau, SKE**, wollte wissen, seit wann der Posten: "kommunale Bildungslandschaften" besteht und was perspektivisch geplant ist.

**Herr Böhnke, Referent des Beigeordneten für Jugend, Schule, Soziales und kulturelle Bildung**, sagte eine Antwort zum Finanzausschuss Oktober zu.

**Herr Marquardt, SKE**, bat um eine Information zum Umzug von Riesenklein e.V.

**Herr Böhnke, Referent des Beigeordneten für Jugend, Schule, Soziales und kulturelle Bildung**, wird sich über den Stand beim Eigenbetrieb Zentrales GebäudeManagement informieren und eine Antwort im nächsten Bildungsausschuss nachreichen.

**Herr Kneissl, SKE**, ergänzte zur Schülerfahrkarte. Die Schüler der Sekundarschulen sind weniger als 20 % der aller Schüler. Er möchte wissen, wie viele Anträge von Schülern von

Sekundarschulen außerhalb des Schulbezirkes eingegangen sind und wie viele abgelehnt wurden, er bat um Antwort bis zum nächsten Bildungsausschuss.

**Herr Paulsen, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN**, fragte nach dem Stand der Verhandlungen mit HAVAG zur neuen zeitlichen Gültigkeit der Schülerfahrkarte. Des Weiteren bat er darum, die Schuljahresanfangsstatistik unaufgefordert vorzulegen.

**Herr Hildebrand, Leiter des Schulverwaltungsamtes**, informierte, dass der Stichtag für diese Statistik der 7.9.2011 ist und die Zusammenstellung ab 15.9. 2011 vorliegt. Die Schuljahresanfangsstatistik wird an das Protokoll angehängt.

**Herr Paulsen, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN**, fragte nach dem neuen Sachstand der Brandschutzplanung (2. Tranche).

**Herr Kogge, Beigeordneter für Jugend, Schule, Soziales und kulturelle Bildung**, informierte über das Gespräch am 22. und 25.8.2011 mit der HAVAG und dem MDV zum Antrag des Stadtrates auf Erweiterung der Gültigkeit der Schülerfahrkarte.

Der Aufsichtsrat des MDV kann frühestens in der Sitzung im Dezember 2011 über eine Änderung der Tarifprodukte beraten. .

Offen ist, wie weit die HAVAG den Preis senken kann und ob die HAVAG die Genehmigung vom MDV erhält. Eine Änderung kann in Folge der Fristen für die Genehmigungen erst zum neuen Schuljahr realistisch erfolgen.

**Herr Kogge, Beigeordneter für Jugend, Schule, Soziales und kulturelle Bildung**, informierte, dass die 2. Tranche der Brandschutzvorhaben in den Plan 2012 eingeordnet werden muss, diese Abstimmungen laufen noch verwaltungsintern. Die 7 wichtigsten Schulen sind hier angemeldet. Zur Umsetzung des ersten Baubeschlusses erfolgt eine schriftliche Info, da Zuarbeiten des Eigenbetriebes Zentrales GebäudeManagement fehlen.

**Herr Paulsen, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN**, fragte, ob der Saalekreis weiterhin Interesse an der Jägerplatzschule für eine eigene Förderschule hat.

**Herr Kogge, Beigeordneter für Jugend, Schule, Soziales und kulturelle Bildung**, erläuterte, dass der Saalekreis momentan seine Schulentwicklungsplanung aktualisiert. Er möchte weiterhin eine Förderschule auf dem Gebiet der Stadt Halle betreiben. Dazu werden verschiedene Immobilien geprüft, 2011/12 wird sich an der Nutzung der Förderschule Jägerplatz durch die Stadt Halle nichts ändern.

**Herr Paulsen, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN**, fragte nach der Fortschreibung der Schulentwicklungsplanung. Diese sollte heute auf der Tagesordnung stehen. Er fragte an, ob diese im Oktober auf die Tagesordnung kommt.

**Herr Kogge, Beigeordneter für Jugend, Schule, Soziales und kulturelle Bildung**, bestätigte, dass die Schulentwicklungsplanung im Oktober auf der Tagesordnung stehen wird.

**Herr Paulsen, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN**, äußerte seine Verwunderung über eine nicht erfolgte Protokolländerung des Januar-Protokolls, ebenso fehlt in Session das Protokoll vom März. Für die Maisitzung sei ebenfalls eine falsche Fassung eingestellt. Warum steht die Protokollfassung für August schon im Netz?

**Herr Kogge, Beigeordneter für Jugend, Schule, Soziales und kulturelle Bildung**, sagte eine Prüfung zu.

**Herr Senger, SKE**, bat um Erklärung, warum wurde die Arbeitsgruppe, die der Bildungsausschuss gegründet hatte, um das Thema Schülerbeförderung zu beraten, nicht in die Verhandlungen mit der HAVAG einbezogen wurde?

**Herr Hildebrand, Leiter des Schulverwaltungsamtes**, erklärte, dass die Verhandlungen mit der HAVAG zuständigkeitshalber von der Verwaltung selbst geführt wurden.

**Herr Paulsen, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN**, vertrat die Meinung, dass die Rechnung von Kosten und Belastungen der HAVAG anders ist als aus Sicht des Rates. Es ist schwierig ein gutes Verhandlungsergebnis zu erzielen, wenn nur die Verwaltung verhandelt und der Stadtrat nicht über die Verhandlungen aktuell informiert und einbezogen wird. Gut wäre eine vorherige Abstimmung.

## **zu 9      Anregungen**

---

**Herr Schachtschneider, Ausschussvorsitzender**,  
Schlug vor, die Sitzung am 8.11.2011 im Hort oder Schule Kröllwitz durchzuführen.  
Die Sitzung sollte im Speisesaal stattfinden, dieser wird von Schule und Hort gemeinsam genutzt.

Für die Richtigkeit:

Datum: 21.10.11

Dr. Radig  
Protokollführerin

Andreas Schachtschneider  
Ausschussvorsitzender

### **Anlagen:**

1. Bericht zu TOP 7.1, Umsetzung Bildung und Teilhabe
2. Bericht zu TOP 7.1, Amt 51 zu Schulsozialarbeit
3. Schuljahresanfangsstatistik